

POTSDAM

DIE LANDESHAUPTSTADT UND DER LANDKREIS POTSDAM-MITTELMARK

Protest gegen Sparpläne des Rathauses

Kundgebung in der Potsdamer Innenstadt vor den Haushaltsbeschlüssen – Initiatoren werben für Einwohnerantrag gegen Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich

Von Volker Oelschläger

Mehrere Tausend Menschen haben am Samstag in der Potsdamer Innenstadt gegen ein Millionen Euro schweres Sparpaket der Stadt protestiert. Nach der Eröffnungskundgebung auf dem Platz der Einheit bewegte sich der Demonstrationszug durch die Friedrich-Ebert-Straße, die Breite Straße, die Dortustraße und die Charlottenstraße bis zum Bassinplatz. Nach Angaben der Veranstalter beteiligten sich bis zu 2500 Personen an der Kundgebung.

Zur Begrüßung erklärte Anja Engei vom Rechenzentrum unter Jubel, dass der Protest der letzten Wochen bereits Wirkung gezeigt habe. Dabei verwies sie auf eine gemeinsame Antrags-Initiative von SPD, Grünen, Anderen und Linken zur teilweisen Rücknahme der angekündigten Kürzungen. Aber: „Es ist noch nichts in trockenen Tüchern.“

Die Rednerin kündigte zugleich einen Einwohnerantrag an, um auch längerfristig Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich in Potsdam zu verhindern. Benötigt würden dafür 5000 Unterschriften.

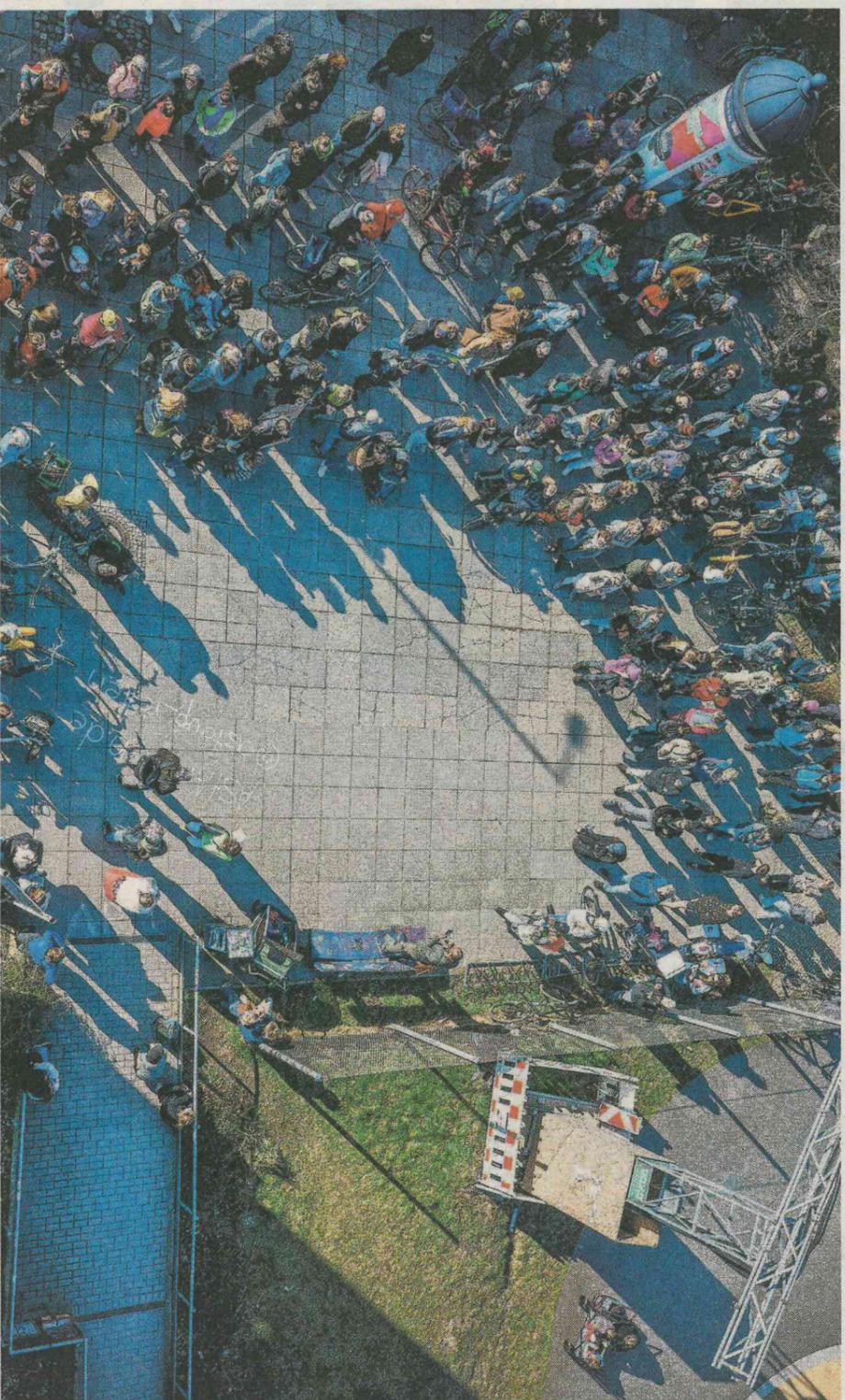
Zur Demonstration aufgerufen hatte unter dem Motto „Die Stadt sind wir alle!“ ein breites Bündnis aus vielen Bereichen der Stadtgesellschaft. Zentrale Forderungen: „Statt Potsdam kaputt zu sparen: Mehr Geld für Soziales, Kultur, Breitensport, ÖPNV und Wärmewende!“

Weiter hieß es in dem Aufruf: „Die Zukunft der Stadt steht auf dem Spiel. Wir wehren uns gegen die geplanten Kürzungen im Stadthaushalt und bei den kommunalen Betrieben. Die bereits seit Jahren mangelhafte Finanzierung und die nun geplanten Kürzungen gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.“

Die „chronische Unterfinanzierung“ betreffe Bereiche, die „für eine solidarische, lebendige und zukunftsfähige Stadt unkindbar sein sollten: die Kinder- und Jugendhilfe, die soziale Arbeit, Angebote der Integration, die soziale Wohnraumversorgung, die freie Kunst und Kultur, den Breitensport, den ÖPNV und die Wärmewende.“

Die Kürzungen seien „nicht alternativlos“: „Grundsätzlich“ solle Potsdam „aktiv dafür sorgen, dass der wachsende Reichtum gerechter verteilt wird und allen zugutekommt.“

Die „regierende Stadtpolitik“ sei dafür verantwortlich, „nicht die Bereiche wegzukürzen, die den Zusammenhang mit der Zukunft der Stadtgesellschaft gewährleisten“. Eine „unzureichende Finanzierung“ richte „langfristig mehr Schaden in der Stadt an, als eine kurzfristig ausgeglichene Haushaltsbilanz wettmachen“ könne. Unterzeichnet wurde der Aufruf zur Demonstra-



Ein Blick aus dem Rechenzentrum auf die Demonstranten.

FOTOS: JULIUS FRICK



„Die Stadt sind wir alle“, heißt es auf dem Transparent.



„Potsdamer Potential nutzen“ steht auf dem Plakat eines Demonstranten.

Eigentlich sollte man diese Demonstration vor dem Finanzministerium abhalten.

Burkhard Exner (SPD), Bürgermeister und Finanzbeigeordneter in Potsdam

tion von rund 60 Einzelpersonen, Initiativen, Einrichtungen und Organisationen. Darunter etwa der Stadtjugendring, das Netzwerk KulturMachtPotsdam, der Kita-Elternbeirat, das Netzwerk „Stadt für alle“, die Initiative „Tschüss Erdgas“, das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West, der Arbeitskreis der Nachbarschafts- und Begegnungshäuser, der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD), die Gewerkschaft Verdi und die Intendant des Hans-Otto-Theaters.

Vor Ort waren mit Ute Grimm, Lutz Boede, Isabelle Vandré, Anja Günther, Silke Reimer und Frank Reich auch Stadtverordnete der Fraktionen Andere, Linke, Grüne und SPD. Die Landeshauptstadt muss nach Angaben der Kammerlei

bis 2028 bei einem Budget von jährlich mehr als einer Milliarde Euro insgesamt 135 Millionen Euro einsparen. Gründe dafür seien unter anderem Tarifsteigerungen und die all-gemeine Teuerung sowie eine auch von den Kommunalverbänden kritisierte unzureichende Finanzierung durch Bund und Länder. Potsdams Bürgermeister und Finanzbeigeordneter Burkhard Exner (SPD) äußerte gegenüber der MAZ Verständnis für die Anliegen der Initiatoren, stelle aber fest, dass sie an den „falschen Ansprechpartner“ gerichtet seien. Das Grundproblem sei die „unzureichende kommunale Finanzausstattung“ durch Bund und Länder, so Exner: „Eigentlich sollte man diese Demonstration vor dem Finanzministerium abhalten.“ Die Stadtverordneten werden den Haushalt für 2025 und die mittelfristige Finanzplanung der Landeshauptstadt bis 2028 voraussichtlich in ihrer Sitzung am 2. April verabschieden. Ein beschlossener Haushalt ist die Voraussetzung für verlässliche Zahlungen bei sogenannten freiwilligen Leistungen hauptsächlich in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport sowie für neue Investitionsmaßnahmen. Schon zur jüngsten Stadtrordnenensitzung Anfang März hatten mehrere Hundert Menschen gegen die Sparpläne der Stadt demonstriert. Getragen wird der Haushaltsabschluss voraussichtlich von einer rot-grün-roten Mehrheit aus SPD, Grünen, Anderen und Linken. Die vier Fraktionen stellten in der vergangenen Woche ein umfangreiches gemeinsames Änderungs-paket vor, das vor allem zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales vorsieht. Finanziert werden sollen die zusätzlichen Ausgaben von rund zwölf Millionen Euro in diesem Jahr und rund 15 Millionen Euro in 2026 unter anderem über weitere Einsparungen der Stadt bei sogenannten Sach- und Dienstleistungen. Dort würden diese Mittel selbstverständlich fehlen, sagte Exner: „An der kritischen Gesamtlage hat sich nichts geändert.“